Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.)
Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

OBS OTTO BRENNER STIFTUNG

Forschung Psychosozial

Oliver Decker, Ayline Heller,
Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.)

Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

Sehnsucht nach Vergangenem und Erlösung durch Zerstörung

Leipziger Autoritarismus Studie 2026

Mit Beiträgen von Elmar Brähler, Kazim Celik, Oliver Decker,
Marius Dilling, Julia Dresselhaus, Rolf Frankenberger,
Tim Fröhlich, Barbara Handke, Nina Heinke, Ayline Heller,
Kim Hesch, Johannes Kiess, Johanna Niendorf,
Gert Pickel und Timo Seitz

Psychosozial-Verlag

Die Veröffentlichung der Leipziger Autoritarismus Studie
erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und der Otto Brenner Stiftung.

Die Open-Access-Veröffentlichung wurde gefördert durch
den Open-Access-Publikationsfonds der Universität Leipzig.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 lizenziert.
Die vollständigen Lizenzbedingungen finden Sie unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/



Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial.
Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Originalausgabe
© 2026 Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG
Gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschaft Wirth GmbH,
Geschäftsführer: Johann Wirth
Walltorstraße 10, 35390 Gießen, Deutschland
06 41 96 99 78 0
info@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de

Umschlagabbildung: László Moholy-Nagy, *A 19*, 1927
Umschlaggestaltung und Innenlayout nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar
Lektorat und Redaktion: Dr. Barbara Handke
Korrektorat: Falk Haberkorn
Satz: Katrin Hofmann, makena plangrafik GbR
Druck und Bindung: Druckhaus Bechstein GmbH,
Willy-Bechstein-Straße 4, 35576 Wetzlar, Deutschland
Printed in Germany

ISBN 978-3-8379-3574-5 (Print)
ISBN 978-3-8379-6480-6 (E-Book-PDF)
https://doi.org/10.30820/9783837964806
ISSN 2627-0382 (Print)
ISSN 3053-481X (Digital)

Inhalt

Vorwort der Stiftungen 7

1. Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären 9
Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2026:
Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf 19
Oliver Decker, Marius Dilling, Kazim Celik, Kim Hesch,
Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

3. Apokalypse und Antisemitismus im späten Neoliberalismus 77
Oliver Decker, Kim Hesch, Nina Heinke & Barbara Handke

4. Regressive Nostalgie und AfD-Wahlpräferenz 105
Johannes Kiess, Oliver Decker & Elmar Brähler

5. Hostiler Sexismus und Antifeminismus – autoritäre
Abwehrreaktion und antidemokratisches Gefahrenpotenzial 125
Johanna Niendorf, Julia Dresselhaus, Gert Pickel & Ayline Heller

6. Klassenidentität, Autoritarismus und politische Orientierung 147
Kazim Celik, Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler

7. Rechtsextremismus und raumbezogene Identität –
wie Land- und Stadtidealisierung rechtsextreme
Einstellungen beeinflussen 175
Rolf Frankenberger & Tim Fröhlich

8. Die vermessene ›Mitte‹ – zwischen Antwortstil, sozialer Erwünschtheit und latenter Zustimmung 201
Ayline Heller, Marius Dilling & Timo Seitz

Liste aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2024 221

Autorinnen und Autoren 223

Vorwort der Stiftungen

Otto Brenner Stiftung & Heinrich-Böll-Stiftung

Empirisch fundierte Analysen sind wichtige Werkzeuge für politische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement, um gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland adäquat verstehen und aufgreifen zu können. Zum dreizehnten Mal erhebt die Leipziger Autoritarismus Studie demokratische wie antidemokratische, pluralistische wie autoritäre Einstellungsmuster und zeichnet daraus ein detailliertes, facettenreiches Bild von Ansichten, Werten und Stimmungen in der Bevölkerung. Eine besondere Qualität der Studie besteht darin, dass die ihr zugrunde liegenden Befragungen in Präsenz stattfinden und nicht online bzw. telefonisch durchgeführt werden.

Deutlich sichtbar wurde bei dieser Erhebung: Die Demokratie in der Bundesrepublik gerät weiter unter Druck. Die Zufriedenheit mit der Demokratie als Idee, als Verfassungsordnung und als Alltagserfahrung ist im Bundesdurchschnitt – nach rund 25 Jahren Untersuchung – auf dem niedrigsten jemals gemessenen Niveau. Mit der real erlebten Demokratie zeigt sich nur noch knapp ein Drittel (Westdeutschland) bzw. ein Fünftel (Ostdeutschland) zufrieden. Es bleibt daher eine dringliche Aufgabe der politischen Bildungsarbeit, Ursachen der wachsenden Unzufriedenheit zu identifizieren, zur Stärkung politischer Teilhabe beizutragen und ein realistisches Verständnis demokratischer Prozesse zu vermitteln.

Dabei sollten Politik und politische Bildung die derzeit weit verbreiteten Krisenwahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Die Studienergebnisse zeigen, dass Zukunftsängste gegenwärtig in Wünsche nach klaren und einfachen Entscheidungen münden: Nostalgische Vergangenheitsverklärung und/oder apokalyptische Zukunftserwartung treffen bei über der Hälfte der Bevölkerung manifest oder latent auf große Resonanz. Dass auch junge Leute sich eine nie erlebte Vergangenheit zurückwünschen, macht deutlich, dass es nicht um reale Erfahrungen, sondern um politische Deutungs- und Verarbeitungsangebote geht: Eine posi-

tive, Mut machende Erzählung von der Zukunft sollte daher ein Teil der Antwort auf Destruktions- und Nostalgie-Fantasien sein.

Die Anziehungskraft destruktiver Verarbeitungsangebote zeigt sich auch in der Fortführung des seit einigen Jahren verzeichneten Wiederanstiegs rechtsextremer Einstellungen: Insbesondere chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen weisen hohe Zustimmungswerte auf und sind unter Berücksichtigung der latenten Zustimmung mittlerweile mehrheitsfähig. Zu konstatieren ist auch ein weiterer Anstieg des Antisemitismus, insbesondere des israelbezogenen Antisemitismus.

Sexistische und antifeministische Einstellungen verbleiben mit Zustimmungswerten zwischen einem Fünftel bis einem Drittel der Befragten auf hohem Niveau. Deutlich wird, dass solche Einstellungen für das demokratische Gemeinwesen nicht folgenlos bleiben: Wer Geschlechtergerechtigkeit ablehnt, neigt beispielsweise häufiger zu antidemokratischen und gewaltlegitimierenden Einstellungen – ein Alarmzeichen für die Stabilität unserer Demokratie. Daher bleibt die Auseinandersetzung mit Antifeminismus und Sexismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für eine selbstbestimmte, demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können.

Der besondere Blick der diesjährigen Untersuchung auf die Zusammenhänge zwischen sozialer Klasse und autoritären Orientierungen ist sehr detailliert und zeitigt differenzierte Ergebnisse: Einerseits konstatiert die Studie eine tendenzielle Rechtsorientierung der Arbeiterschaft bei Parteipräferenzen und politischer Selbsteinschätzung. Andererseits zeigt sich, dass auch hier die Frage, wie gesellschaftliche Konflikte und (Ungleichheits-)Erfahrungen politisch gedeutet werden, zentral bleibt. Neben Bildung im Allgemeinen identifiziert die Studie insbesondere eine fundierte Kenntnis der eigenen (Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen-)Interessen als Resilienzfaktoren gegen autoritäre Orientierungen einer breit verstandenen Arbeiterschaft.

Die Leipziger Autoritarismus Studien bilden einen zentralen Referenzpunkt für die offene gesellschaftspolitische Debatte. Sie zu fördern ist für uns ein wichtiger Beitrag, um unsere Demokratie von innen heraus zu stärken. Für die bewährte Zusammenarbeit danken wir dem Team um Oliver Decker und Elmar Brähler – und wünschen eine anregende Lektüre.

Berlin und Frankfurt am Main im Herbst 2026
Heinrich-Böll-Stiftung *Otto Brenner Stiftung*

1. Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

Mit der Leipziger Autoritarismus Studie 2026 legen wir die Ergebnisse und Analysen aus der dreizehnten Erhebung unseres Forschungsprojekts vor.[1] Seit 2002, also nahezu einem Vierteljahrhundert, begleiten wir mit repräsentativen Erhebungen zur politischen Einstellung der Bürgerinnen und Bürger die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Jahr geben wir Einblick in eine Nation, die durch eine antidemokratische Mobilisierung geprägt wird. Zum ersten Mal seit 1945 hat eine Partei eine Landtagswahl deutlich gewonnen, die extrem rechts steht und in relevanten Teilen völkisch-nationale Ziele verfolgt. Sie könnte den Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt stellen und wird das Gesicht dieses Bundeslandes verändern; aber auch in ganz Deutschland ist die demokratische Politik durch dieselben Tendenzen bedroht. Mittlerweile ist die extreme Rechte in den Parlamenten in einer Größenordnung vertreten, die lange als ausgeschlossen galt, denn in dieser Hinsicht wurde Deutschland im europäischen Vergleich als Sonderfall angesehen. Erst mit der Gründung der AfD 2013 hat sich das geändert, denn ihr gelang, was NPD, Republikaner und DVU vergeblich angestrebt hatten: große Teile der Wählerschaft mit antidemokratischer Einstellung auf sich zu vereinen.

Wir haben unsere Untersuchungsreihe unter dem Eindruck der Pogrome und neonazistischen Gewalt der 1990er Jahre begonnen. Heute forschen

1 Die Arbeitsgruppe unter Leitung von Elmar Brähler und Oliver Decker führt diese Studienreihe seit 2002 durch. Zunächst wurde sie als die *Leipziger »Mitte«-Studien* bekannt, ab 2018 haben wir sie in *Leipziger Autoritarismus Studien* umbenannt. Von 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, von 2016 bis heute besteht eine Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung. 2016 war auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung einmal Kooperationspartner.

wir in einer politischen Situation, die der vorläufige Höhepunkt einer seit zehn Jahren anschwellenden extrem rechten und autoritären Agitation gegen die Demokratie ist – diesmal jedoch in den Parlamenten. Das Thema, dem wir uns in unserer Studienreihe widmen, ist mit dieser zunehmenden politischen Gestaltungsmöglichkeit rechtsautoritärer Bewegungen und Parteien immer relevanter geworden. Wir werden mit dieser Publikation die aktuelle Verbreitung und Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen vorstellen, die wir wieder mit einem aufwendigen Verfahren erhoben haben, um eine solide Datengrundlage zu schaffen; darüber hinaus werden wir aber auch Analysen zum Verständnis dieser gesellschaftlichen Zuspitzung und der Motive vorlegen, der sich die autoritäre Propaganda bedient.

Rechtsextreme Einstellungen in der »Mitte« der Gesellschaft sind seit Beginn der Studienreihe unser Untersuchungsgegenstand. Die Studienreihe wurde zunächst sogar unter dem Titel *Leipziger »Mitte«-Studien* bekannt. 2018 änderten wir den Reihentitel von der *»Mitte«* zum *Autoritarismus*, um schon im Namen vor Augen zu führen, dass die antidemokratische und gewaltvolle Mobilisierung nicht ohne die Gesellschaft selbst zu verstehen ist, in der diese Destruktivität grassiert. Letztlich geht es uns um die gesellschaftliche Dynamik, die die autoritären Bedürfnisse der Individuen hervorbringt. Dagegen wurde unser »Mitte«-Begriff oft und fälschlicherweise als konkreter Fingerzeig auf die Träger der extrem rechten Mobilisierung verstanden, als hätten wir Namen und Vereinslokal der Trägergruppe benannt. Dabei wollten wir schon mit der »Mitte« nicht in erster Linie eine gesellschaftliche Lage oder Gruppe bezeichnen. Zwar war es uns ein Anliegen, die Fiktion auszuräumen, die Demokratie wäre nur von den gesellschaftlichen Rändern her bedroht, aber es ging uns noch um etwas anderes. Wenn autoritäre Bedürfnisse große Teile einer Gesellschaft erfassen, muss in ihrem Innern – nicht am Rand, sondern im Zentrum – die Möglichkeit dazu schon angelegt sein. Etwas in ihr bringt selbst hervor, was sie in ihrem Bestand bedroht. Und auch wenn wir auf die Gesellschaft und die in ihr herrschenden Kräfte verweisen wollen – auf sie reduzieren lässt sich die gesellschaftliche Dynamik nicht. Ohne die Gesellschaftsmitglieder, ihr Wollen und ihre Bedürfnisse, wäre die politische Entwicklung nicht zu verstehen, gäbe es keine antidemokratischen Bewegungen. Doch die Motivation eines Menschen lässt sich nicht eins zu eins aus den gesellschaftlichen Bedingungen ableiten, in denen er lebt. Es braucht eine Sozialtheorie, die es gestattet, die Wechselwirkung der Gesellschaft und ihrer Dynamik mit den in ihr lebenden Menschen zu verstehen.

Der Autoritarismus-Begriff ist in der Kritischen Theorie verankert und greift auf die Psychoanalyse zurück. Er verbindet das individuelle Wollen und die gesellschaftliche Dynamik miteinander. Beide sind in ihrer wechselseitigen Beziehung nicht statisch, sondern in andauernder Bewegung, wovon schon die ständigen Umbrüche der Gesellschaft zeugen. Und doch besitzen die vielen Veränderungsprozesse einen Kern, der gleichbleibend ist, aber immer neue Ausdrucksformen findet: etwas Identisches im Wechsel, etwas Wiederkehrendes, Nachträgliches.

Unser Rückgriff auf das Autoritarismus-Konzept hat mit dieser Kontinuität zu tun. Seine noch immer aktuelle Bedeutung für die Gesellschaftsanalyse erlangte dieses Erklärungsmodell angesichts der Erfolge faschistischer Bewegungen in den 1920er und 1930er Jahren in Europa. Mit unserem begrifflichen Verweis auf die Dynamiken und massenpsychologischen Phänomene der Vergangenheit geben wir unserer Analyse der demokratischen Gesellschaft und der in ihr wirkenden Kräfte einen erweiterten zeitlichen Rahmen. Moderne Gesellschaften sind nahezu zwanghaft auf Innovation und Fortschritt ausgerichtet – man könnte sagen, sie sind von der Zukunft gejagt. Zugleich zeigt sich in den Mobilisierungserfolgen der antidemokratischen Bewegungen jedoch das Unerledigte der Geschichte, denn moderne Gesellschaften sind von den uneingelösten Hoffnungen in ihrer Vergangenheit genauso besessen wie von den Spuren der Gewalt vorheriger Generationen. Die Nachwirkung – oder in psychoanalytischer Terminologie: die Nachträglichkeit – von scheinbar längst Vergangenem und der unreflektierte Fortschrittsglaube hängen eng zusammen. Mit der Untersuchung der Gegenwart ist nicht nur sie selbst, sondern auch das Spannungsverhältnis von Geschichte und Zukunft zu verstehen.

Die Wahl des Titels für die diesjährige Veröffentlichung steht mit dieser Erkenntnis in Einklang. Angesichts der Wahlerfolge der AfD und der zunehmenden Verbreitung von autoritären Bedürfnissen haben wir unsere Studie *Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären* genannt. Damit greifen wir ein Theaterstück von Bertolt Brecht mit dem Titel *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* auf, das er 1941 im US-amerikanischen Exil geschrieben hatte. Es wurde erst 1958, zwei Jahre nach dem Tod des Autors, im Württembergischen Staatstheater Stuttgart uraufgeführt. Die Idee zu diesem Stück war Brecht aber schon 1934 gekommen, denn kaum im Exil, fiel ihm die Analogie zwischen der organisierten Kriminalität in den USA und dem Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung auf. Das Stück zeigt die Erfolgsgeschichte der Titelfigur Arturo Ui, dem Chef einer Gangsterorga-

nisation. Zu Beginn befindet sich das »Karfiolkartell«, ein Zusammenschluss von Blumenkohlhändlern, in der ökonomischen Krise. In Brechts fiktiver »City« paktieren nun die Mitglieder des Kartells mit dem Gangsterboss – so wie das Kapital in der Weimarer Republik mit den Faschisten. Doch noch vor der Herrschaft des Verbrechens findet bereits ein Betrug statt, denn schon im Regelbetrieb der Gesellschaft – nicht nur der, die Brecht auf die Bühne bringt – wird die Mehrheit der Menschen um ihren Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Reichtum betrogen. Denn der Marktlogik folgend, gehen Produzenten entweder im Konkurrenzkampf unter oder halten sich dadurch über Wasser, dass sie sich mehr aneignen, als ihnen zusteht. Brechts Parabel zufolge waren den Industriellen in der Weimarer Republik die Faschisten als Bündnispartner so recht wie dem »Karfiolkartell« der Gangsterboss.

Arturo Ui kann sich zwar durchsetzen, aber ob es für ihn immer weiter aufwärts gehen wird, ist nicht ausgemacht. Im Titel des Stücks nutzt Brecht deswegen einen sprachlichen Kniff und erfindet das Adjektiv »aufhaltsam« anstelle etwa von »abwendbar«. Sprachlich wie inhaltlich stolpern wir hier, sind irritiert, denn im Alltag sind wir es gewohnt, von einem »unaufhaltsamen Ereignis« zu sprechen. Dass der gewohnte Sprachfluss, die eingeübte Redewendung, aufgebrochen wird, hat einen analytischen und einen Aufforderungscharakter: Der Aufstieg des NS zur Herrschaft, der Angriffs- und Vernichtungskrieg und die Ermordung der europäischen Juden folgten alle keinem automatisierten Ablauf, sondern hätten aufgehalten werden können – und müssen.

Wegen dieser Botschaft diente das Theaterstück auch als Spiegel, der den Zuschauern in der Nachkriegszeit vorgehalten wurde, Deutschen in Ost und West. Sie waren in der großen Masse für den Aufstieg und nicht für den Fall des NS verantwortlich. Dennoch zelebrierten sie die Bühnen-Inszenierung, als wäre darin nur von fremdem Unrecht die Rede. Brecht sah das wohl voraus, denn im Epilog lässt er einen Schauspieler sagen: »Es gibt den oder jenen heiklen Gegenstand, an den ein gewisser zahlender Teil des geehrten Publikums nicht wünscht erinnert zu werden«; daher sei der Ort der Ereignisse verlegt worden, die Erzählung spiele nun »in einer weit entfernten Stadt« (Brecht, 1941, S. 391). Dennoch lässt Brecht das Stück mit der Warnung enden: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!« (ebd., S. 494).

Sie richtet sich an das Theaterpublikum, dem Brecht in der Zeit nach dem Untergang des nationalsozialistischen Deutschlands nicht traute.

Dem Sozialphilosophen und Autoritarismus-Forscher Theodor W. Adorno ging es ähnlich. Auch er war aus dem Exil ins postnationalsozialistische Deutschland zurückgekehrt und hatten dessen Realität in Ost und West vor Augen. Adorno betrachtete »das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie« (Adorno, 1959, S. 555f.). Innerhalb der neuen Ordnungen also existierten die alten Denkweisen weiter. Seine Zeilen stammen aus den 1950er Jahren, als auch *Arturo Ui* in Deutschland auf die Bühne kam. Das, was »Aufarbeitung der Vergangenheit« hieß, sei ihm verdächtig, schreibt Adorno, denn die Demokratie habe sich keinesfalls eingebürgert, sondern sei durch die »unbewußt schwelende Identifikation« mit dem gerade Untergegangen bedroht (ebd., S. 564). Im Westteil des Landes erhielt die Demokratie ihre Legitimation, wenn überhaupt, nur durch die wirtschaftliche Prosperität, denn sie brachte »die Vergangenheit in Übereinstimmung mit den narzißtischen Wünschen« der Gegenwart (ebd.). Das »Wirtschaftswunder« bot den gekränkten Größenphantasien der Deutschen Ersatz für den Nationalismus sowie eine Autorität ohne Führer und gestatte es, die eigenen Taten zu verleugnen (Decker, 2019).

Verleugnung ist einer der Abwehrmechanismen, die die Psychoanalyse beschreibt. Wer verleugnet, betreibt gewissermaßen doppelte Buchführung: Er erkennt den Verlust nach außen hin an, in seinem Innern aber bleibt das begehrte Objekt unbeschädigt erhalten. Auch in der Außenwelt findet sich ein Ersatzobjekt, das überwertig verehrt wird. Beim Individuum spricht die Psychoanalyse bei einem solchen äußeren Ersatz von einem Fetisch. Nicht anders verfahren Massen. Auch sie verwenden viel Energie darauf, den Anschein zu erwecken, die kränkende Realität anzuerkennen. Aber am Gruppenideal geht diese Pseudo-Anerkennung spurlos vorbei und deshalb braucht es auch hier einen Platzhalter, der im gesellschaftlichen Leben an die Stelle des beschädigten Objekts geschoben wird. Es kommt so zu einem Einschnitt zwischen Realität und Gruppenerleben. Deshalb will eine solche Gemeinschaft auch nicht konfrontiert werden: weder mit dem Verlust noch mit dem Fetischcharakter des Ersatzobjekts. Das bekommen diejenigen zu spüren, die bei der Verleugnung nicht mitspielen.

Das gefeierte »Wirtschaftswunder« lief auf eine Betriebsamkeit hinaus, in der für Scham oder Trauer kein Platz war (Mitscherlich & Mitscherlich, 1967), mit der aber die Anpassung an die neuen Verhältnisse gelang. Denn auch hier konnte man an Altes anknüpfen, war doch schon der Wirtschaftsaufschwung durch die Kriegswirtschaft in Nazideutschland als »Wirtschafts-

wunder« wahrgenommen und bezeichnet worden. Kam vom Reichtum in den 1930er Jahren auch wenig beim Einzelnen an – der Verkauf von Kriegsgütern lohnte sich nur für die Schwerindustrie –, verschaffte der wirtschaftliche Aufschwung dem NS doch Legitimation. Nach dem Krieg richteten die Deutschen im Westen, wo dieser Weg offenstand, ihr Handeln an ökonomischer nationaler Größe aus, sodass ein Wirtschaftsfetischismus den völkischen Größenwahn der Nazi-Ideologie zu ersetzen begann. Brecht lag demnach einerseits richtig, wenn er die Ökonomie für den Aufstieg des NS verantwortlich machte; andererseits griff er zu kurz: Das Primat der Ökonomie funktionierte nicht deshalb so gut, weil der Betrug so geschickt eingefädelt worden wäre, sondern weil dieser Selbstbetrug den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen entsprach. So wurden Wirtschaftswachstum und Prosperität auch von denen begehrt, die nicht daran teilhatten. Nach dem Krieg fiel die Verdrängung der NS-Geschichte leichter, weil es einen Ersatz gab, die »narzisstische Plombe« des Wirtschaftswachstums (Decker, 2019).

Im Osten stand dieser Ersatz nicht zur Verfügung. Auch wenn hier nach der Zerstörung des Krieges ebenfalls ein Wirtschaftswachstum einsetzte, fiel es deutlich geringer aus und blieb von einem »Wunder« weit entfernt. Einer der Gründe dafür war der Abbau von Infrastruktur, da sich die Sowjetunion für die Reparationszahlungen an den von ihr verwalteten Teil des besiegten Deutschlands hielt. Die DDR kam somit in viel stärkerem Maße für die Folgen des Krieges in den angegriffenen Ländern auf (Buchheim, 1999). An die Stelle der alten Ideologie rückte im Osten daher eine neue, die jedoch die Rolle der »narzisstische Plombe« nicht ebenso gut erfüllen konnte. Die ökonomische Prosperität des Westens wurde so auch für den Osten der Orientierungspunkt und das ersehnte Surrogat für die verlorene Identifikation mit nationaler Größe.

Was verleugnet wurde, ist unverarbeitet, es ändert bloß seine Gestalt durch Verschiebungen, Verdichtungen und Entstellungen. Die Bedeutung des Wirtschaftswachstums und die manische Geschäftigkeit sind nur zwei Beispiele unter vielen für das Nachleben des NS, für seine Gefühlserbschaft (Lohl & Moré, 2014). Doch ob das solcherart Überdeckte wieder in seiner ureigenen Gestalt hervortritt, ist keine Zwangsläufigkeit. So wie Brecht den Aufstieg des Faschismus in der Zwischenkriegszeit nicht für ein autonom ablaufendes Programm hielt, in das niemand hätte eingreifen können, so ist auch das Nachwirken der deutschen Geschichte in der heutigen Zeit reflektierbar und damit zu gestalten. Mit der Nachträglichkeit wird die

Zeitlichkeit gesellschaftlicher und individueller Entwicklungen deutlich: Menschen beziehen sich bewusst und unbewusst auf die Vergangenheit und entwerfen Pläne für die Zukunft. Welche Elemente des Vergangenen allerdings in der Gegenwart Geltung erlangen, welche Gestalt sie annehmen und welche Form der Zukunft ersehnt wird, unterliegt einem dynamischen Prozess. Nicht alles, was erlebt wurde, nicht einmal alles, was verdrängt wurde, fließt zu jeder Zeit als Motivation in die Handlung ein – bewusst oder unbewusst findet eine Auswahl statt. Auch die Vergangenheit erhält ihre Bedeutung für die Gegenwart nicht passiv als Überwältigung, sondern in einer aktiven Handlung: Menschen deuten ihre Gegenwart vor dem Hintergrund der Vergangenheit, und in der Zukunft soll sich einstellen, was ihnen heute bedeutsam erscheint.

Das Zeiterleben ist seit Längerem von einem intensiven Krisenerleben geprägt. Herausforderungen gab und gibt es viele, aber dass sie in dichter Folge als *Krisen* – also als Entscheidungsmomente – ins öffentliche Bewusstsein rücken, ist für unsere Zeit charakteristisch (s. Kap. 3). Das Wort *Krisenmodus*, das 2023 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum »Wort des Jahres« gewählt wurde, bringt diese Entwicklung auf den Punkt. Die geschichtliche Bedeutung des Wirtschaftswachstums vor Augen, überrascht es nicht, dass die einschneidendsten Krisen in den Momenten wirtschaftlicher Stagnation wahrgenommen werden. Es sind auch die Momente, in denen die Legitimation der Demokratie sinkt und das Ressentiment steigt. Schon die neonazistische NPD verzeichnete nach der ersten Weltwirtschaftskrise 1967 Wahlerfolge, und bis in die jüngere Zeit waren offen vorgetragene antisemitische Ressentiments oder die Diffamierung von Migranten in Deutschland in Zeiten der ökonomischen Regression verbreiteter, etwa in den Jahren der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008 bis 2012. Besonders die AfD bewirtschaftet das Krisenerleben erfolgreich, spitzt es zu und verspricht das Entscheidungsmoment herbeizuführen, das jeder Krise innewohnt. Ihr Geschäft ist die Apokalypse, also der Untergang des Bestehenden. Die AfD reagiert damit auf den Glaubwürdigkeitsverlust des ökonomischen Prosperitätsversprechens in der Spätphase des Neoliberalismus. Die große Bedeutung ausgerechnet dieses Scheiterns liegt auch in der Funktion der Ökonomie, die Kränkungen nach dem verlorenen Krieg zu kompensieren. Zugunsten dieser Kompensation hatte man sich zuletzt auf den entgrenzten Neoliberalismus eingelassen. In dem Moment, in dem auch dieses Akkumulationsregime an sein vorläufiges Ende kommt, steigt die Wut über die sich ankündigende Schwäche der Autorität – aber auch

auf die eigene freiwillige Unterwerfung. Die AfD profitiert von der Situation trotz oder wegen ihrer paradoxen Programmatik: Auf der einen Seite erneuert sie mit ihrem neoliberalen und antisozialen Programm das Wachstumsversprechen, auf der anderen legitimiert sie mithilfe der Spaltung in ›gut‹ und ›böse‹ autoritäre Aggressionen. In unserer Analyse wird ein übersehener Bestandteil von Krise und Apokalypse deutlich: Das, was wir kennen, soll zu Ende gehen, damit eine bessere Zeit beginnen kann. Der destruktive Untergangswunsch ist also auf das Engste mit der Sehnsucht nach einem Neuanfang verbunden.

Deshalb stellen wir in der LAS 2026 das komplexe Thema des politischen Zeiterlebens in den Mittelpunkt und betrachten es in doppeltem Sinn: Wie wird die politische Gegenwart von den Bundesbürgern gesehen? Und welche Funktion erfüllt die Sehnsucht zum einen nach der Vergangenheit, zum anderen nach der Erlösung in der Zukunft? Denn auch die Flucht aus der Gegenwart kennt zwei Richtungen: Sie kann in die Zukunft gehen oder in die Vergangenheit, was wir hier mit dem Begriff der *regressiven Nostalgie* fassen. Während die Apokalypse die Wunscherfüllung in die Zukunft verlegt, wird sie im Fall der regressiven Nostalgie in einer idealisierten Vergangenheit gesucht (s. Kap. 4). Beiden ist erstens gemeinsam, dass die Zumutungen der Gegenwart verschwinden sollen, zweitens aber die Wut über die ausgebliebene Einlösung eines Versprechens. Am Schnittpunkt dieser Sehnsüchte sammelt die AfD ihre Stimmen. Beide Wunschzeiten kann sie nicht herbeiführen. Sie kann nur auf die angestauten Aggressionen setzen, auf den Frust und die Wut, die die Anhänger loswerden möchten – doch Loswerden ist nicht dasselbe wie die zutiefst ersehnte Erlösung.

Der Fokus unserer diesjährigen Studie liegt auf der Frage nach dem Einfluss des politischen Zeitempfindens, das sich mit den Möglichkeiten einer demokratischen Gestaltung der Zukunft verbindet. Die Apokalypse-Sehnsucht erweist sich als eine Ursache des Antisemitismus, wogegen die Nostalgie für den Wunsch nach einer rechtsautoritären Politik ausschlaggebend ist, aber auch für misogyne Einstellungen (s. Kap. 3, 4 und 5). Welche Rolle unter diesen Bedingungen die Identifikation mit einer Gruppe spielt, wie bedeutsam sie für das Zustandekommen sowohl der rechtsautoritären Bedürfnisse als auch der Wahlentscheidung ist, sehen wir mit der Idealisierung des Stadt- oder Landlebens und in der Klassenlage bestätigt (s. Kap. 6 und 7). Dass wir die Entwicklung des Antisemitismus in seiner Zunahme valide erfassen, aber seine Verbreitung gleichzeitig unterschätzen, verdeut-

licht die Dringlichkeit demokratischer Reaktionen auf diese Entwicklung (s. Kap. 8). Dabei sind diese Befunde nicht nur für eine Antwort auf die autoritäre Zuspitzung wichtig – die mehr als eine Reaktion sein sollte –, sondern auch im Sinne einer Einlösung dessen, was Demokratie sein soll und noch nicht ist. Auch wenn die Aufgabe darin besteht, die Demokratie zu verteidigen, so ist sie gegenwärtig selbst noch eine Utopie. Nicht alles, was sie sein könnte, ist umgesetzt. Gerät das in Vergessenheit und unter die Programmatik eines Sachzwangs, fehlt die demokratische Alternative zum Bestehenden. Die Bundesrepublik ist die bislang freieste Gesellschaft in der Geschichte Deutschlands, was viel über die Geschichte des Landes aussagt, aber wenig über das, was notwendig wäre. Wir leben in einer Gesellschaft der *Demokratisierung*, doch damit sie eine wirklich demokratische Gesellschaft wird, braucht es die Sicherung dieses Prozesses. Daher geht es heute nicht darum, das Gegebene kritiklos zu verteidigen, sondern vielmehr darum, auf die Einlösung dessen hinzuarbeiten, was an Demokratie noch aussteht. Denn von ihr hängt ab, ob die autoritären Sehnsüchte aufgegeben werden können.

Literatur

Adorno, T. W. (1959). Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften, Bd. 10.2* (S. 555–572). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brecht, B. (1941). Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui. In W. Hecht, W. Jeske & J. Knopf (Hrsg.), *Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Stücke 2* (S. 389–494). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Buchheim, C. (1999). Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR. *Geschichte und Gesellschaft, 25*, 515–529.

Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies, 12*, 203–213.

Lohl, J. & Moré, A. (Hrsg.) (2014). *Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus. Psychoanalytische, sozialpsychologische und historische Studien.* Gießen: Psychosozial.

Mitscherlich, A. & Mitscherlich, M. (1967). *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens.* München: Piper.